

2021/41/100

öffentlich

Antrag

100 - Ratsangelegenheiten, Wahlen

Bericht erstattet: Fraktion Die Linke



Antrag der Fraktion Die Linke: Für ein Bündnis gegen militärischen Fluglärm in Stadt und Region

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Geplante Sitzungstermine</i>	<i>Ö / N</i>
Stadtrat (Entscheidung)	20.05.2021	Ö

Anlage/n

- 1 Antrag der Fraktion Die Linke (öffentlich)

Herrn Bürgermeister
Michael Forster
Stadt Homburg
Am Forum

66424 Homburg

Einbringung eines Antrages für die nächste Stadtratssitzung am 20.05.2021

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

gem. § 41 Abs. 1 KSVG beantrage ich im Namen der Fraktion DIE LINKE die Aufnahme von folgendem Tagesordnungspunkt für die nächste Stadtratssitzung am 20.05.2021:

Antrag: Für ein Bündnis gegen militärischen Fluglärm in Stadt und Region

Der Stadtrat Homburg regt ein Bündnis der von militärischem Fluglärm betroffenen Kommunen in unserer Region an - mit Homburg, der Saarpfalz und der Westpfalz - und bittet die Stadtverwaltung, eine mögliche Zusammenarbeit und aktives Handeln gegen Militärlärm mit den Nachbarn zu prüfen.

Begründung:

Anfang Mai 2021 hat der Stadtrat Kaiserslautern als besonders betroffene Region mit großer Mehrheit Resolutionen gegen Fluglärm und Kerosinablass durch Militärmaschinen verabschiedet. Aktueller Anlass war die zunehmende Lärmbelastung - ein bekannt gewordener Zwischenfall, wonach eine US-Maschine laut Luftfahrtbundesamt am 31. März 2021 rd. 64,5 Tonnen Kerosin über dem Saarland, dem Hunsrück und der Pfalz versprüht hat, war ebenfalls ein Grund.

Der Oberbürgermeister der Stadt Kaiserslautern soll demnach versuchen, einen Schulterschluss in der Region zu erreichen, um den Anliegen - insbesondere der Reduzierung des Militärlärms - mehr Gewicht zu verleihen. Betroffen seien nämlich auch die Einwohnerinnen und Einwohner von Nachbarkommunen.

Die Stadt Homburg gehört zu den Nachbarstädten von Kaiserslautern und sollte wie das von Fluglärm betroffene Bexbach eine mögliche Zusammenarbeit in der Region anstreben mit dem Ziel, aktiv zu handeln gegen solche Belastungen der Bürgerinnen und Bürger. Ein Bündnis mit der Stadt Kaiserslautern und den benachbarten Städten und Kommunen ist diesbezüglich eine gute Basis, den Menschen, die unter den derzeitigen Lärm-Bedingungen leiden, eine Stimme für mehr Lebensqualität und mehr Gesundheitsschutz zu geben. Die Landesregierungen Saarland und Rheinland-Pfalz sind gefordert, sich stärker für eine Lösungsfindung mit dem Bund und den US-Streitkräften zu engagieren.

Nachdem Anfragen von Bundestagsabgeordneten ergeben haben, dass im vergangenen Jahr die Anzahl der Nutzungsstunden der Flugzone TRA Lauter um rund drei Prozent zugenommen hat und parallel auch die Zahl an Lärmbeschwerden in der Region signifikant gestiegen ist, sind Maßnahmen gegen die weiter steigende Belastung der Bürgerinnen und Bürger im Saarland und der Westpfalz mit militärischem Fluglärm dringend notwendig.

Unsere Region ist viel stärker von Lärm durch Kampffjets und Bomber belastet als andere Teile Deutschlands. Die Menschen z. B. im Stadtteil Homburg-Erbach sowie in Bexbach erleben - genau wie in Kaiserslautern und Umgebung - wegen der Nähe zur Airbase Ramstein und dem militärischen Übungsflutraum TRA Lauter immer wieder Beeinträchtigungen. Gerade in Zeiten von Home-Office, zu Hause lernen und arbeiten, ist dies vielfach schwer erträglich. Ein Gegensteuern für eine Reduzierung des Fluglärms und mehr Ruhe wäre in einem breiten Bündnis mit unserer Stadt eher möglich.

Ich bitte um Berücksichtigung im Rahmen der Tagesordnung.

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Spaniol - Fraktionsvorsitzende -